

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

Nachdem sich der damalige Bundesverkehrsminister Scheuer Ende 2020 für die Vorzugsvariante „Oberirdischer Ausbau“ entschieden hatte, beschloss der Rat am 20.01.2021 in einer Sondersitzung fast einstimmig eine Resolution, um in Zukunft mit einer Sprache gegen die Pläne „aus Berlin“ vorzugehen und Widerstand - auch durch „Ungehorsam“ - zu leisten. Unser OB sprach damals von einer „historischen Chance“ für unsere Stadt.

Um auch die Stadtgesellschaft besser in den Widerstand einbinden zu können, wurde im August 2021 das Bündnis „Keinen Meter mehr“ durch den Stadtrat gegründet.

Weder ein Gutachten des B.U.N.D. im Oktober 21 welches die Planungen als rechtlich nicht haltbar bezeichnete, noch der Einsatz von NRW Minister Oliver Krischer im Oktober 22, zeigte beim Bundesverkehrsministerium und der inzwischen zuständigen Autobahn GmbH Wirkung, genau so wenig wie weitere Brandbriefe, Unterschriftensammlungen und eine Onlinepetition mit mehr als 11 000 Unterschriften.

Die Ignoranz und Arroganz der Macht, die uns bis zum heutigen Tag aus Berlin entgegenweht, hat uns nicht davon abhalten können seit über vier Jahren im Rat zusammenzuhalten und einheitlich bei diesem Thema abzustimmen - auch wenn es ab und zu mal einen kleinen fraktionellen Ausreißer gab - unser Ziel wurde konsequent verfolgt, in der Hoffnung den Autobahnausbau in den geplanten Dimensionen quer durch unsere Stadt zu verhindern, oder zu minimieren.

Dafür möchte ich mich ausdrücklich bei Euch/Ihnen bedanken. Dass eine Absprache unter Politikern und Politikerinnen mit verschiedenen Interessen über einen so langen Zeitraum funktioniert hat, ist nicht selbstverständlich. Wir haben es in dieser Zeit nicht nur den Planern wesentlich schwerer gemacht, unser Widerstand wurde - bei ebenfalls vom Ausbauwahnsinn betroffenen Gemeinden und Initiativen - registriert und gefeiert.

Wir haben bisher beim Bauabschnitt I nicht den Eindruck gewonnen, dass - wie auf der Seite A bei Lev versprochen - die „ökologischen und gesellschaftlichen Anforderungen“ während des Baus ausreichend berücksichtigt werden.

Dass der Radweg aus Rheindorf schon seit acht Jahren ohne Unterbrechung voll gesperrt ist und die Fahrradfahrer große Umwege fahren müssen, um auf die Rheinbrücke zu kommen, ist bekannt.

Obwohl im Planfeststellungsbeschluss vorgeschrieben ist, hat sich die Autobahn GmbH über einen langen Zeitraum aus Kostengründen geweigert eine Ampel an der Nobelstraße zu installieren, die den Fahrradweg zur Rheinbrücke um ca. 700 Meter verkürzt. Wenn das neue Kommunikationskonzept dazu beigetragen hat, dass sie nun installiert wird, ist das zwar erfreulich, weist aber zwingend darauf hin, dass nicht nur der Bauabschnitt I, sondern auch die späteren Bauabschnitte von der Verwaltung und Politik kritisch begleitet werden müssen, denn die im Planfeststellungsbeschluss beschlossenen Maßnahmen nicht nur zum Schutz der Bevölkerung entsprechen geltendem Recht und müssen umgesetzt werden.

Wie sich die Situation darstellen wird, wenn sich die Baustelle tiefer in unsere Stadt frisst und unsere Infrastruktur konkurrierend für den Transport von Materialien und Gerätschaften genutzt wird, mit welchen Emissionen zu rechnen ist, wenn z. B. die alte Stelze abgerissen wird, das entzieht sich zurzeit noch unserer Vorstellungskraft.

„Stadt Leverkusen als Sprachrohr für den Stelzenausbau“, so wurde das begleitende Medien- und Öffentlichkeitskonzept der Verwaltung in Radio Leverkusen am 18.03.2025 interpretiert. Das zu kurz gedacht, denn in einem Dialog sollen durch Austausch Situationen gemeinsam geklärt werden.

Und es geht um alle Bauabschnitte, Stelze, Kreuz und A 3, es geht darum die Bevölkerung und die Umwelt zu schützen, es geht um unser Bündnis „Keinen jeden Meter mehr“.

Es geht um unsere Stadt, um unsere Zukunft und besonders darum unseren Kindern- und Kindeskindern ein lebens- und lebenswertes Umfeld zu erhalten.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Ergänzungsantrag.